

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

## Umweltinvestitionen in Entwicklungsländern: Kosten sparen im Klimaschutz

*Der „Clean Development Mechanism“ des Kioto-Protokolls ermöglicht Industrienationen, mit Hilfe von emissionsparenden Investitionen in Entwicklungsländern ihre Klimaschutzziele zu erreichen. Eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, dass die volkswirtschaftlichen Kosten der Klimapolitik hierdurch deutlich gesenkt werden können. Transaktionskosten und Investitionsrisiken können die ökonomische Attraktivität des Clean Development Mechanism nicht wesentlich beeinträchtigen.*



Foto: Digitalstock

Im Kioto-Protokoll haben sich die Industrienationen verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zwischen den Jahren 2008 und 2012 um rund fünf Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Die Industrieländer müssen ihre Emissionsminderungen allerdings nicht zwingend im eigenen Land erreichen. Für eine flexible Erreichung der Klimaschutzziele erlaubt das Kioto-Protokoll Investitionen in „saubere“ Technologien (wie etwa erneuerbare Energieträger) in Entwicklungsländern. Die entsprechenden Emissionsminderungen werden dem investierenden Industrieland gutgeschrieben. Dies bezeichnet man als Clean Development Mechanism (CDM). Vor allem China, Indien und Brasilien haben bereits zahlreiche

dieser umweltfreundlichen Investitionsprojekte angezogen. Die CDM-Investitionen sind oftmals günstiger als Klimaschutzanstrengungen im eigenen Land, da in Industrieländern der Stand der Technik weiter fortgeschritten ist als in Entwicklungsländern und neue Umweltschutzmaßnahmen somit dort leichter möglich sind. Neben der zusätzlichen klimapolitischen Flexibilität für Industrieländer sollen gleichzeitig die Entwicklungsländer durch Investitionen, Technologie- und Wissenstransfer umweltfreundliche Wachstumschancen erhalten.

Eine neue Studie des ZEW (Discussion Paper No. 07-026) zeigt anhand von Simulationsrechnungen mit einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell der

Weltwirtschaft, dass der CDM die Kosten des Kioto-Protokolls im Jahr 2010 drastisch senken kann. Die Studie greift auf eine Datenbank über laufende und geplante CDM-Investitionsprojekte zurück, die umfangreiche und zugleich kostengünstige Emissionsreduktionen in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2010 aufzeigt. Industrieländer nutzen die günstigen Reduktionsoptionen, um ihre Klimaschutzziele zu erfüllen. Ein großer Teil der CDM-Investitionsprojekte induziert jedoch bisher keinen substantiellen Technologietransfer, sondern beschränkt sich auf günstige Emissionsreduktionen – etwa durch die Verbrennung von Fluorkohlenwasserstoff, der bei der Herstellung von Kühlmitteln entsteht.

Eine starke zukünftige Nutzung des CDM könnte durch Investitionsbarrieren und Regulierungen beeinträchtigt

### IN DIESER AUSGABE

Umweltinvestitionen in Entwicklungsländern: Kosten sparen im Klimaschutz . . .	1
Dienstleister der Informationsgesellschaft nutzen spezielle Software . . .	2
Technologieimpulse vor allem von Maschinenbau, Elektronik und Chemie . . .	3
Zur Situation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland . . .	4
Kriterien von Investoren für die Wahl von Handelsplattformen . . . . .	5
ZEW intern . . . . .	5
ZEW-Veranstaltung . . . . .	6
ZEW-Wirtschaftsforum . . . . .	7
Termine, Neuerscheinungen . . . . .	10
Daten und Fakten . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

werden. So entstehen bei der Projektaktivität so genannte Transaktionskosten, die etwa auf die Vertragsabwicklung, rechtliche Beratung oder langwierige Projektdokumentation zurück zu führen sind. Solche Transaktionskosten machen vor allem bei Projekten von kleinerem Umfang einen erheblichen Anteil aus. Gleichzeitig sind Projekte in geringer entwickelten Ländern oftmals mit Investitionsrisiken verbunden, die beispielsweise durch politische Instabilität oder Wechselkursschwankungen entstehen. Beide Faktoren können die Gesamtkosten der Projektaktivität erhöhen und somit die Anreize verringern, sich im Rahmen des CDM in Entwicklungsländern zu engagieren. Neben diesen Investitionsbarrieren könnten regulatorische Eingriffe die Attraktivität des CDM beeinflussen. Denn im Kioto-Protokoll wird eine Obergrenze

von CDM-Investitionen vorgeschlagen, um einen substantiellen heimischen Anteil der Emissionsreduktionen in Industrieländern sicher zu stellen – und somit umweltfreundlichen technologischen Fortschritt zu fördern.

Die ZEW-Studie verdeutlicht, dass Transaktionskosten und Investitionsrisiken zwar den Preis für Emissionszertifikate erhöhen, nicht jedoch die makroökonomischen Kosten des Kioto-Protokolls wesentlich beeinflussen. Viel bedeutender ist eine Regulierung des CDM: Eine Obergrenze von CDM-Investitionen (und den damit verbundenen Emissionsminderungen) auf 50 Prozent der nationalen Reduktionserfordernisse würde die volkswirtschaftlichen Anpassungskosten des Kioto-Protokolls deutlich erhöhen – und die ökonomische Flexibilität des Klimaschutzes verringern.

Da das Kioto-Protokoll im Jahr 2012 seine Gültigkeit verliert, kommt der Verhandlung eines Nachfolgeabkommens eine große Bedeutung zu. In einem zukünftigen Abkommen werden Entwicklungsländer wiederum eine entscheidende Rolle spielen. Denn für ein wirksames Klimaschutzabkommen ist – neben den Vereinigten Staaten – die aktive Einbindung wirtschaftlich wachsender Treibhausgasemittenten wie etwa Indien und China notwendig. In diesem Fall würden Entwicklungsländer nicht mehr passiv als CDM-Gastländer fungieren, sondern verbindliche Reduktionsziele annehmen. Für solch ein klimapolitisches Engagement sollte ein inhärentes Interesse bestehen – denn es sind die Entwicklungsländer, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind.

Niels Anger, [anger@zew.de](mailto:anger@zew.de)

## Dienstleister der Informationsgesellschaft nutzen spezielle Software

*Mehr als zwei Drittel der Dienstleister der Informationsgesellschaft nutzen speziell für ihr Unternehmen erstellte Software. Rund 70 Prozent der Unternehmen verwenden branchenspezifische Software, und 94 Prozent setzen Standardsoftware ein. Dies zeigt eine Konjunkturumfrage bei rund 800 Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform im Juni 2007 durchgeführt hat.*

Grundsätzlich setzen Unternehmen drei Arten von Software ein: Standardsoftware wie Office-Pakete oder SAP-Anwendungen, branchenspezifische Software und speziell für das Unternehmen erstellte Software. Standardsoftware verwenden vor allem die Telekommunikationsdienstleister und Architekten

sowie die Unternehmen der Branchen Software und IT-Dienste und Forschung und Entwicklung (jeweils über 99 Prozent). Schlusslicht sind mit einer Nutzung von 84 Prozent die technischen Berater und Planer. Bei der branchenspezifischen Software ist der Abstand zwischen der Branche mit der stärksten Nutzung – Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung (99 Prozent) – und der Branche mit der geringsten Nutzung – IKT-Handel (53 Prozent) – deutlich größer. Ähnlich die Nutzung speziell erstellter Software: Während Telekommunikationsdienstleister mit 89 Prozent speziell erstellte Software am häufigsten einsetzen, bedienen sich ihrer Architekten mit 46 Prozent am seltensten.

Die in Unternehmen eingesetzte Software wird häufig modifiziert und weiterentwickelt. Rund 80 Prozent der

Dienstleister der Informationsgesellschaft geben an, dass dies in ihrem Unternehmen der Fall ist. Dabei ist der Anteil der Unternehmen, die die Software von eigenen Mitarbeitern anpassen lassen, genauso hoch wie der Anteil der Unternehmen, die dafür externe Hilfe in Anspruch nehmen.

Am häufigsten wird bei den Telekommunikationsdienstleistern die eingesetzte Software modifiziert. Der Anteil der Unternehmen, die Software durch eigene Mitarbeiter oder Externe modifizieren lässt, liegt bei jeweils 96 Prozent. Bei den Architekten findet eine Modifizierung der Software nur vergleichsweise selten statt. So lassen 52 Prozent der Architekten Software von eigenen Mitarbeitern anpassen und 62 Prozent von externen Anbietern.

Jenny Meyer, [meyer@zew.de](mailto:meyer@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Technologieimpulse vor allem von Maschinenbau, Elektronik und Chemie

Die Nutzung von Technologien aus anderen Branchen ist eine wichtige Voraussetzung für Produkt- und Prozessinnovationen. Die ZEW-Innovationserhebung zeigt, dass mehr als 20 Prozent aller innovierenden Unternehmen in Deutschland ohne das Aufgreifen von Technologieimpulsen anderer Unternehmen ihre Innovationen nicht hätten realisieren können. Das ZEW hat in einer aktuellen Studie drei alternative Messkonzepte angewandt, um diese branchenübergreifenden Innovationsimpulse zu messen. Maschinenbau, Elektronik und Chemie sind die Branchen, die am intensivsten andere Wirtschaftszweige mit neuen Technologien versorgen.

Um die Technologieströme zwischen Branchen zu messen, hat das ZEW gemeinsam mit dem NIW in der Studie „Innovationsmotor Chemie 2007“ drei alternative Zugangswege beschritten. Es wurden ausschließlich Innovations- und Technologiebeziehungen zwischen Branchen und keine brancheninternen Beziehungen betrachtet.

## Alternative Messkonzepte

Die ZEW-Innovationserhebung fragte erstens innovierende Unternehmen nach den Quellen und Anstößen für ihre Innovationen, einschließlich der Rolle von Technologielieferanten. Zugleich wurde erhoben, aus welchen Branchen diese Technologieimpulse stammten. Durch die Schätzung des Beitrags dieser Technologielieferanten zum Umfang der Innovationstätigkeit eines Innovators ist eine Quantifizierung der technologiebezogenen Innovationsimpulse zwischen Branchen möglich.

Ein zweiter Ansatz nutzt Informationen aus Input-Output-Tabellen, die die Lieferungen von Waren und Dienstleistungen zwischen einzelnen Sektoren abbilden. Mit jedem zwischen Branchen gelieferten Gut werden indirekt Forschungs- und Entwicklungsleistungen (FuE) transferiert, die zur Produktion des Guts notwendig waren. Gewichtet man die intersektoralen Lieferungen mit deren durchschnittlichem FuE-Gehalt, kann die Bedeutung einer Branche im Transfer von FuE über Vor-

leistungen („inkorporierte FuE“) an andere Branchen erfasst werden.

Ein dritter Ansatz greift auf die Patentstatistik zurück. Patentanmeldungen werden so genannten IPC-Klassen zugeordnet, die die technologischen Felder angeben, für die das Patent rele-

(inklusive Nachrichten- und Medientechnik) und Chemieindustrie (ohne Pharma) sind die wichtigsten Branchen, die andere Sektoren der deutschen Wirtschaft mit neuen Technologien versorgen. Der Maschinenbau ist vor allem Anstoßgeber für Prozessinnovationen, während Elektronik und Chemie für Produkt- wie für Prozessinnovationen Impulse geben. Weitere wichtige Technologie- und Wissenslieferanten sind die Instrumententechnik (Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik, Optik), die Elektrotechnik und der Computerbau.

Aber auch Dienstleistungsbranchen sind wichtige Quellen für Innovationen

Anteil einer Branche an den gesamten branchenübergreifenden Impulsen in Prozent

	Innovationsimpulse für neue Produkte	in Vorleistungen	inkorporierte FuE	Technologieimpulse über Patente
Maschinenbau	7,6	30,6	10,1	17,7
Elektronik/Nachrichtentechnik	18,9	22,2	10,2	5,6
Chemieindustrie	15,4	13,6	7,9	16,7
EDV-Dienste/Software	15,9	6,0	7,5	n.e.
Instrumententechnik	3,0	4,0	10,5	10,0
Elektrotechnik	2,0	9,7	5,2	5,6
Computerbau	8,0	2,9	6,2	3,7
Automobilbau	1,7	2,6	8,0	8,5
Pharmaindustrie	0,8	0,3	8,9	9,7
Technische Dienste/Berater	2,3	2,2	6,8	n.e.
Gummi-/Kunststoffverarbeitung	3,9	0,5	2,9	4,8
Metallbearbeitung	3,1	0,5	2,4	4,7
andere Branchen	17,5	5,0	13,4	13,0
gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: ZEW-Berechnungen. Datengrundlagen: ZEW-Innovationserhebung 2003; Input-Output-Tabellen des Statist. Bundesamts 2003; FuE-Statistik des Stifterverbands 2003; NIW-Berechnungen auf Basis der OECD-Datenbanken ANBERD, STAN; Patentanmeldungen am EPA.

vant ist. Die IPC-Hauptklasse beschreibt das Feld, für das das Patent die höchste Bedeutung hat, während IPC-Nebenklassen weitere relevante Technologiefelder anführen. Über eine Zuordnung der IPC-Klassen zu Branchen kann festgestellt werden, inwieweit Patente aus einer Branche (= Hauptklasse) auch für andere Branchen (= Nebenklassen) relevant sind.

Die drei Ansätze liefern ähnliche Ergebnisse: Maschinenbau, Elektronik

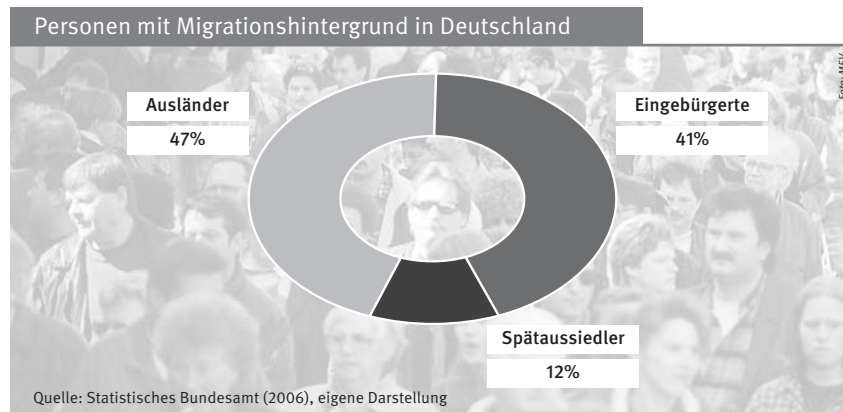
in anderen Branchen. Die EDV- und Softwarebranche ist der zweitwichtigste lieferantenseitige Impulsgeber für Produktinnovationen und zählt zu den bedeutendsten FuE-Vorleistern. Die technischen Dienstleister (inkl. FuE-Dienstleistungen) und die Unternehmensberatungsbranche stellen ebenfalls in relevantem Umfang neues Wissen und neue Technologien für Innovationen in anderen Branchen zur Verfügung.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Zur Situation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind eine heterogene Gruppe, die aus Ausländern, Spätaussiedlern und Eingebürgerten besteht. Untersuchungen, die lediglich auf die Staatsangehörigkeit abstellen, erfassen die Integrationsthematik unvollständig. In einer neuen Studie untersucht das ZEW die Lohnprofile für Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Sie zeigt, dass die Lohnprofile dieser Gruppe niedriger sind als die der Deutschen ohne Migrationshintergrund, dass es aber auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Untergruppen gibt. Bildungsabschlüsse, die in Deutschland erworben wurden, rentieren sich auf dem Arbeitsmarkt mehr als im Herkunftsland erworbene Abschlüsse.



Im Jahr 2005 hatten etwa 9 Prozent der Wohnbevölkerung in Deutschland eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund betrug hingegen 19 Prozent. Die demografische Verteilung hat dabei eine hohe Dichte in der Gruppe der Jüngeren: In der Altersgruppe unter 25 Jahren liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei einem Viertel der Bevölkerung, bei den unter 6jährigen sogar bei einem Drittel. Demnach wird dieser Anteil auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft stark zunehmen. Der Migrationshintergrund, das heißt eigene Wanderungserfahrung zu haben oder Kind eingewanderter Eltern zu sein, ist zur Analyse der ökonomischen Integration daher besser geeignet als die Staatsangehörigkeit.

Die Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-31) untersucht die Lohnprofile von Personen mit Migrationshintergrund mit Hilfe des Sozio-oekonomischen Panels

von 1995 bis 2005 für Westdeutschland. Mit dem Sozio-oekonomischen Panel ist es möglich, Informationen über den Status der Eltern mit Informationen über die Kinder zu verknüpfen. Hierdurch kann der Migrationshintergrund identifiziert werden. In der Analyse wird weiter differenziert zwischen Ausländern und Eingebürgerten. Zudem werden die Lohnprofile gebürtiger Deutscher und deutscher Staatsangehöriger gegenüber gestellt. Die Untersuchung berücksichtigt Unterschiede bei Qualifikation und Geschlecht.

Im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund sind die Lohnprofile für Personen mit Migrationshintergrund niedriger. Dieses Ergebnis zieht sich durch alle Untersuchungsgruppen und ist unabhängig von Bildungsniveau oder Geschlecht. Innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund erzielen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit

(ausgenommen Spätaussiedler) die höchsten Löhne, gefolgt von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, während Spätaussiedler die niedrigsten Lohnprofile haben. Obwohl ältere Spätaussiedler formal über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, führen diese nicht zu höheren Einkommen.

Die Resultate für Deutschland unterscheiden sich von anderen internationalen Ergebnissen. So passen sich etwa in den Vereinigten Staaten die Löhne der Migranten denen der ursprünglich ansässigen Bevölkerung an oder übertreffen diese sogar nach einiger Zeit. Die Erklärung liegt in der vergleichsweise hohen Qualifikation der Einwanderer in die Vereinigten Staaten bis in die 1970er Jahre.

## Höhere Lohnprofile durch in Deutschland erzielte Abschlüsse

Die Studie untersucht weiter, ob ein im Heimatland erworbener Berufsabschluss zu einem anderen Einkommen führt als ein in Deutschland erworbener. 1995 erwarb ein Fünftel der Personen mit Migrationshintergrund den höchsten Bildungsabschluss im Ausland. Bis 2005 sank dieser Anteil auf 9 Prozent bei den Männern und 14 Prozent bei den Frauen, im Umkehrschluss heißt dies, dass der Anteil derjenigen, die ihren höchsten Bildungsabschluss in Deutschland erwarben, gestiegen ist. Der Anteil von Hochschulabschlüssen im Ausland hat hingegen zugenommen, vor allem durch die Gruppe der Spätaussiedler. Mit der Ausnahme von Frauen mit Lehrabschluss führen im Ausland erzielte Bildungsabschlüsse zu signifikant flacheren Lohnprofilen als in Deutschland erzielte Bildungsabschlüsse.

Alisher Aldashev, [aldashev@zew.de](mailto:aldashev@zew.de)  
 Johannes Gernandt, [gernandt@zew.de](mailto:gernandt@zew.de)  
 Prof. Dr. Stephan Lothar Thomsen

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Kriterien von Investoren für die Wahl von Handelsplattformen

*Der Liquidität kommt zwar eine bedeutende Rolle als Qualitätsindikator von Handelsplattformen für Wertpapiere zu, sie ist aber nur schwer messbar. Im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests hat das ZEW mehr als 200 Analysten befragt, anhand welcher Kriterien institutionelle Investoren die Liquidität eines Handelsplatzes beurteilen und inwieweit die unterschiedlichen Liquiditätsmaße die Entscheidung beeinflussen, auf einer bestimmten Plattform zu handeln. Hieraus ergeben sich Implikationen für die strategische Ausrichtung von Handelsplattformen.*

Das ZEW hat die Finanzmarktexperten nach der Bedeutung sechs verschiedener Indikatoren für Liquidität gefragt, wobei Wertungen von 1 (unwichtig) bis 5 (sehr wichtig) möglich waren. Mit einem durchschnittlichen Wert von 3,7 beurteilen die befragten Analysten die vorgegebenen Kennzahlen und damit die Liquidität an sich als relevant für die Entscheidung, an einem bestimmten Handelsplatz zu handeln. Wichtigster Indikator ist der Bid-Ask-Spread. Überdurchschnittlich bewerten die Analysten persönliche Erfah-

rungswerte, den aktuellen Tagesumsatz des Wertpapiers und die erwartete Dauer der Transaktion. Letzteres bildet die zeitliche Komponente der Transaktionskosten ab, wohingegen der Tagesumsatz einen Schluss auf die durch den Handel zu erwartende Preisänderung zulässt. Einige Broker bieten auch Market Impact Analysen an, allerdings schätzen die Analysten sie ebenso wie die Reputation der Plattform als unbedeutend ein.

Die zweite Frage beschäftigt sich mit der Integration von Handel und Clearing

und Settlement (C+S). Hier wird erhoben, ob Investoren Plattformen vorziehen, bei denen C+S integriert oder getrennt sind. Ein Vorteil der integrierten Lösung liegt in möglichen internen Kosteneinsparungen. Ein Nachteil ist, dass die Investoren nicht auf externe Anbieter ausweichen können, was den Wettbewerb zwischen den Anbietern einschränkt. Als Folge könnten die Preise für die gesamten Transaktionen steigen.

44 Prozent der befragten Analysten räumen der integrierten Lösung Vorteile ein, mögliche Nachteile einer vollständigen Integration sehen nur wenige Experten. Lediglich vier Prozent befürworten Handelsplattformen, bei denen der Handel und die Abwicklung getrennt sind. Für mehr als die Hälfte der Analysten spielt es hingegen überhaupt keine Rolle, ob C+S integriert sind oder nicht.

*Matthias Köhler, koehler@zew.de*

## ZEW INTERN

## Andreas Löschel neuer Forschungsbereichsleiter „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“

Dr. Andreas Löschel ist zum 1.8.2007 zum Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ berufen worden. Löschel war bereits von 1999 bis 2005 Wissenschaftler des Forschungsbereichs und ist nun ans ZEW zurückgekehrt, nachdem der bisherige Leiter, Prof. Dr. Christoph Böhringer, einen Ruf an die Universität Oldenburg auf eine Professur für Volkswirtschaftslehre angenommen hatte. Löschels Forschungsschwerpunkte liegen in der empirischen Analyse wirtschaftspolitischer Fragestellungen in der Umweltökonomik, vor allem der Energie- und Klimapolitik.

Löschel studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg

und an der University of California, Los Angeles. Während eines integrierten Auslandsstudiums an der Wayne State University in Detroit, USA erwarb er 1995 einen Master of Arts in Economics. Er promovierte 2003 an der Universität Mannheim über „Economic Impacts of Climate Change Policy“.

Seit Ende 1999 war er im ZEW-Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ tätig. Von 2005 bis 2007 arbeitete er als Scientific Officer für die EU-Kommission am Institute for Prospective Technological Studies (IPTS) in Sevilla, Spanien. Er war Gastprofessor an der Universidad Pablo de Olavide, Sevilla (2006-2007) sowie Gastwissenschaftler am

Massachusetts Institute of Technology (2003) und an der Stanford University (2005). Löschel war Gutachter für den 4. Sachstandsbericht des Intergovern-



*Dr. Andreas Löschel*

mental Panel on Climate Change (IPCC) in der Arbeitsgruppe II (Auswirkungen, Anpassungsstrategien, Verwundbarkeiten) und der Arbeitsgruppe III (Verminderung des Klimawandels).

## ZEW-VERANSTALTUNG

# Mannheimer Unternehmenssteuertag vereint Wissenschaft und Praxis

Am 21. Juni 2007 veranstaltete das ZEW gemeinsam mit der Universität Mannheim den ersten Mannheimer Unternehmenssteuertag. Die Veranstaltung findet jährlich statt und behandelt im Rahmen von Vorträgen und sich anschließenden Workshops aktuelle Entwicklungen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung aus dem Blickwinkel von Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung. Der diesjährige Unternehmenssteuertag stand im Zeichen der Unternehmenssteuerreform 2008.

Kreis Steuerpflichtiger. Zudem sind die Maßnahmen kompliziert, beratungintensiv und wirken verzerrend, sodass die Senkung der tariflichen Steuersätze teuer erkauft ist.

Peter Wochinger vom Finanzministerium Baden-Württemberg stellte in seinem Vortrag auf die Änderungen im Umwandlungssteuerrecht durch das neue Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) ab. Wichtige Punkte seines

setzgebers zu skizzieren. Zum Ende seines Beitrages stellte er eigene Reformüberlegungen in den Raum, wie etwa eine Verbreiterung der Bemessungsrundlage bei gleichzeitiger Senkung der Steuertarife, um die bisherigen, zum Teil deutlichen Belastungsunterscheide zu entschärfen.

An der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Prof. Dr. Christoph Spengel, Universität Mannheim und ZEW, konnten gemeinsam mit Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs von der Universität Mannheim und Prof. Dr. Dieter Endres von PriceWaterhouseCoopers Fragen an die Experten gestellt werden.



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (von links): Detlev J. Piltz, Otto H. Jacobs, Christoph Spengel, Dieter Endres und Peter Wochinger

## Workshops zu Wissenschaft und Praxis

Die anschließenden fünf Workshops führten Vertreter aus Wissenschaft und Praxis durch. Themen der Workshops waren die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf die Konzernfinanzierung (Prof. Dr. Dieter Endres, PriceWaterhouseCoopers, und Dr. Matthias Werra, BASF), die Auswirkungen auf die Rechtsformwahl (Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs und Dr. Alexander Düll, Falk & Co.) sowie die Konsequenzen auf Funktionsverlagerung und Gewinnabgrenzung (Prof. Dr. Andreas Oestreicher, Universität Göttingen, und Dr. Andreas Roth, Deere & Company). Der Workshop zum Umwandlungssteuerrecht „Praxisprobleme bei der Einbringung in eine Kapitalgesellschaft nach dem SEStEG“ (Ralf Neumann, Oberfinanzdirektion Rheinland, und Dr. Andreas Schumacher, Flick Gocke Schaumburg) sowie der Workshop zu den Änderungen im Erbschaftsteuerrecht „Übertragung von mittelständischen Unternehmen“ (Günther Jordan und Hagen Reiser, beide Ernst & Young) rundeten die Veranstaltung ab.

Christof Ernst, ernst@zew.de

Mehr als 120 Teilnehmer waren zugegen, als ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz das Programm eröffnete. Prof. Dr. Norbert Herzig von der Universität zu Köln stellte in seinem Vortrag über internationale Implikationen und Planungsüberlegungen zur Unternehmenssteuerreform 2008 heraus, dass die Reform nicht der erhoffte große Wurf sei. Die Senkung der tariflichen Steuersätze sei zwar ein wichtiger Schritt für Deutschland, um international wettbewerbsfähiger zu werden. Rechtsformneutralität wird allerdings nicht erreicht, und es kommt zu einer weiteren Abkehr von der Finanzierungsneutralität. Die geplanten Gegenfinanzierungsmaßnahmen greifen nur punktuell und treffen damit einen kleinen

Vortrags waren die Europäisierung des Umwandlungssteuerrechts, die zu erwartende Vereinfachung durch die Aufgabe der Maßgeblichkeitsbindung der Handelsbilanz für die Steuerbilanz im Umwandlungssteuerrecht sowie die nun regelmäßige, aber widerlegbare Bewertung zum gemeinen Wert.

In seinem Vortrag zu den Änderungen für Unternehmensübertragungen durch die Erbschaftsteuerreform stellte Prof. Dr. Detlev J. Piltz von der Anwaltskanzlei Flick Gocke Schaumburg zunächst die Eigenheiten und grundsätzlichen Probleme des geltenden Erbschaftsteuerrechts anhand von praxisnahen Beispielen dar, um danach die möglichen Folgen der bereits fortgeschrittenen Reformplanungen des Ge-

# EU im Lissabon-Prozess – Impulse von der deutschen Ratspräsidentschaft?

Zum diesjährigen Wirtschaftsforum konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ZEW begrüßen. Die Veranstaltung beschäftigte sich mit dem Thema: „Die EU im Lissabon-Prozess: Impulse von der deutschen Ratspräsidentschaft?“

Erster zentraler Programmpunkt war eine Podiumsdiskussion, die sich mit den wirtschaftspolitischen Meilensteinen des Lissabon-Prozesses beschäftigte. Den Auftakt zu der von ZEW-Präsident Franz moderierten Podiumsdiskussion bildeten drei Impulsreferate der Podiumsteilnehmer.

Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Vorstand des INNO-tec und Professor an der Universität München, beschäftigte sich in seinem Referat mit der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik. Er zog eine durchwachsene Bilanz dessen, was auf diesem Gebiet im Rahmen des Lissabon-Prozesses bisher erreicht wurde. Ein wichtiger Schritt für die Forschung in Europa sei die Einrichtung des European Research Council (ERC). Durch ihn könne die Grundlagenforschung in der EU mit einer Milliarde Euro jährlich gefördert werden. Das sei ein Novum und für die Innovationskraft Europas von großer Bedeutung. Weniger gelungen ist nach Harhoffs Ansicht das European Institute of Technology (EIT). Das Konzept eines europäischen Technologieinstituts sei zu stark verwässert worden, und ein eigenständiges Forschungs- und Lehrinstitut werde es nicht geben.

Erhebliche Defizite konstatierte Harhoff in der Frage des geistigen Eigentums. Noch immer gebe es ein harmonisiertes europäisches Recht nur bei Marken, und trotz einer Europäischen Patentorganisation sei das Patentsystem fragmentiert. Bisher habe die EU-Kommission ohne großen Erfolg ver-



Die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion (von links): Dietmar Harhoff, Wolfgang Franz, Lars-Hendrik Röller und Christoph Böhringer

Foto: ZEW

sucht, dies zu ändern. Harhoff hält es für dringend erforderlich, der Patentflut, die in den vergangenen Jahren aufgeblüht sei, entgegenzuwirken.

## Europas Wettbewerbs- und Industriepolitik

Die Herausforderungen, denen sich die europäische Wettbewerbs- und Industriepolitik gegenübersteht, beleuchtete Prof. Lars-Hendrik Röller, Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin und Präsident der European School of Management and Technology, Berlin. Für Röller ist die wettbewerbsfreundliche Politik eine der wichtigsten Errungenschaften der EU. Die Herausforderung für Europa sieht er darin, den freien Wettbewerb weltweit voranzutreiben.

Röller bezweifelt, dass die starke Verbraucherorientierung der EU noch zeitgemäß ist. Für ihn ist eine wirkungsvolle Wettbewerbspolitik immer auch in bestem Sinne Verbraucherpolitik. Regeln, die Wettbewerb garantieren, seien in jedem Fall politischen Regelungen zum Verbraucherschutz vorzuziehen. So sei von der EU jetzt zwar eine Senkung der Roaming-Tarife verordnet worden. Wer von dieser in der

Bevölkerung populären Maßnahme auf lange Sicht profitieren werde, bleibe allerdings abzuwarten.

Fortschritte konstatierte Röller in Europa bei der Fusionskontrolle und bei der gezielten Aufdeckung von Kartellabsprachen. Wichtig sei aber auch die Kontrolle nationaler Beihilfen. Diese müssten immer auf den Prüfstand, damit in Europa keine Industriepolitik französischer Prägung Platz greife.

## Klimapolitik in der EU

Prof. Dr. Christoph Böhringer, Universität Oldenburg, konzentrierte sich in seinem Referat auf die Klimapolitik. Aufgrund des weiteren Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums werde die Erderwärmung bis zum Jahr 2100 um vier bis acht Grad zunehmen. Um dies zu verhindern und die Erwärmung bei maximal zwei Grad zu stabilisieren, sei ein funktionsfähiges weltweites Klimaregime von Nöten. Beim G8-Gipfel in Heiligendamm sei die deutsche Ratspräsidentschaft diesem Ziel durch die Einbindung der USA in die Reduktionsbestrebungen einen Schritt näher gekommen.

Die EU habe sich, so Böhringer, mit einer Verminderung ihrer Kohlendioxid-

## ZEW - WIRTSCHAFTSFORUM

Emissionen um 20 Prozent, wenn andere Industrieländer mitzögen möglicherweise sogar 30 Prozent, hohe Ziele gesetzt. Die einzelnen EU-Staaten seien bei der Erreichung dieser Ziele allerdings unterschiedlich erfolgreich. Einige hätten ihre Zielvorgaben bereits erfüllt, andere seien davon noch weit entfernt.

Zu begrüßen sei, so Böhringer, dass die EU bei der Emissionsminderung auf marktkonforme Mittel setze. Dadurch würden die Treibhausgase dort gemindert, wo es am kostengünstigsten sei.

### Wachstums- und Konjunkturforum

Im Mittelpunkt des Wachstums- und Konjunkturforums beim diesjährigen ZEW Wirtschaftsforum stand die Rede von Prof. Jean Pisani-Ferry, Direktor des BRUEGEL-Instituts, Brüssel, zum Thema „The Lisbon-Agenda: Where Do We Stand?“. Der Zeitraum bis zur Verabschiedung der Lissabon-Agenda im Jahr 2000 sei, so Pisani-Ferry, durch die Vorstellung geprägt gewesen, dass eine zunehmende Integration der EU-Staaten zu Wachstum und Wohlstand führen werde. Schritt für Schritt würde der ökonomischen Union die politische Union folgen. In den 1990er Jahren zeigte sich allerdings, dass insbesondere vor dem Hintergrund der Globalisierung der Mehrwert aus der fortgesetzten Integration Europas zunehmend geringer ausfiel und dass die Integration schwieriger wurde. So gab es wachsende Widerstände in einzelnen EU-Staaten, bisher geschützte Bereiche der Wirtschaft zu öffnen. Aber auch Faktoren wie die unterschiedlichen Rechtssysteme wirkten zunehmend als Bremse, und das Bildungssystem sowie Forschung und Entwicklung erwiesen sich als Bereiche, in denen die EU hinter die großen globalen Wettbewerber zurückzufallen drohte. Darauf reagierte die EU-Kommission mit der Lissabon-Agenda.

„Die Strategie, Europa durch eine bessere Nutzung des Beschäftigtenpotenzials sowie stärkere Investitionen in Bildung und Innovation eine neue Dynamik geben zu wollen, ist völlig richtig,“ sagte Pisani-Ferry. Die hohe Kom-

plexität der Agenda sei indes ihr größtes Problem. Doch trotz dieser schwierigen Ausgangsbedingungen und auch wenn das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU-Staaten in Zukunft für Forschung und Entwicklung auszugeben, noch lange nicht in Reichweite sei, bleibe es der richtige Ansatz, durch die Lissabon-Agenda auf europäischer Ebene die bereits vorhandenen nationalen Reformbemühungen zu unterstützen und den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten zur Erreichung der von ihr vorgegebenen Ziele zu stimulieren.

Da die für den Lissabon-Prozess wichtigen Gebiete Wachstum und Beschäftigung vor allem Sache der nationalen Mitgliedstaaten sind, stellt sich für Pisani-Ferry die Frage, auf welche Aufgabenbereiche – neben der nach wie vor wichtigen europäischen Integration – sich die EU in Zukunft konzentrieren sollte. Nach Ansicht vieler Bürger kämen hierfür an erster Stelle die Globalisierung, der Umweltschutz, Migration, Kriminalitätsbekämpfung oder die sichere Versorgung mit Energie und anderen für Europa wichtigen Rohstoffen in Frage. Die Überprüfung des EU-Budgets im Jahr 2009 könnte, so Pisani-Ferry, eine Gelegenheit sein, um neue Anstöße zu geben. Ein solcher Prozess könnte dann möglicherweise in einer mit neuen Akzenten versehenen zweiten Agenda kulminieren.

### Wissenschaft für die Praxis

Den zweiten Teil des ZEW Wirtschaftsforums am Nachmittag eröffneten drei Kurzvorträge von ZEW-Wissenschaftlern, in denen Ergebnisse aus aktuellen Forschungsprojekten vorgestellt wurden. Niels Anger, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomie, Umweltmanagement, stellte unter der Überschrift „Klimapolitik: EU-Emissionshandel oder Globales System?“ die Ergebnisse einer Studie zum EU-Emissionshandelssystem vor. In seinem anschließenden Vortrag beschäftigte sich Dr. Michel Schröder, Leiter des ZEW-For-

schungsbereichs Finanzmarktökonomie und Finanzmanagement mit der Frage „Wie gut eignet sich die Zinsstrukturkurve zur Prognose der Wirtschaftsentwicklung?“. Im letzten der drei Kurzvorträge referierte Jörg Ohnemus, Wissenschaftler der ZEW-Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien, über „Informations- und Kommunikationstechnologien im Unternehmenseinsatz in Baden-Württemberg“.

### Bundeswirtschaftsminister Glos

Das Schlusswort beim ZEW Wirtschaftsforum 2007 hatte in diesem Jahr die Politik. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos MdB, sprach zum Thema „Reformen zahlen sich aus – Wirtschaftspolitische Herausforderungen in Deutschland und Europa“, und der Vizepräsident der EU-Kommission, Günter Verheugen



Michael Glos bei seinem Vortrag beim ZEW-Wirtschaftsforum.

hielt eine Rede zum Thema „Wachstum und Beschäftigung in Europa – Eine Strategie setzt sich durch“.

Zu Beginn seines Vortrags stellte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos fest, dass Deutschland im europä-



## ZEW-WIRTSCHAFTSFORUM

ischen Konjunkturzug nach vielen Jahren auf den hinteren Plätzen jetzt wieder die Wachstumslokomotive sei. Das Wachstum von 2,8 Prozent im vergangenen Jahr sei das höchste seit dem Jahr 2000 gewesen. Für dieses Jahr gehe er von 2,3 Prozent Wachstum aus und für das kommende Jahr von 2,4 Prozent. Das Wichtigste sei allerdings der Rückgang der Arbeitslosigkeit, bei der bis 2008 ein Rückgang auf unter 3,5 Millionen erwartet werde. Das wäre der tiefste Stand seit zehn Jahren.

Der Minister betonte auch, dass kein Weg an weiteren Anstrengungen vorbeiführe. Er setze dabei auf mehr Freiräume für den Einzelnen, auf Marktöffnung und Wettbewerb, während der Staat sich darauf beschränken solle, ordentliche Rahmenbedingungen vorzugeben. Indem sich der Staat wieder auf seine Kernaufgaben beschränke, eröffne sich die Chance für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Aus einer solchen Konsolidierung erwachse mittelfristig die Möglichkeit, die Bürger steuerlich zu entlasten. Bei der Unternehmensbesteuerung habe die Bundesregierung bereits gehandelt und diese auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zurückgeführt.

Um den Unternehmen die Einstellung von Mitarbeitern zu erleichtern, sei es wichtig, die Beiträge zu den Sozialversicherungen von den Arbeitskosten abzukoppeln. Außerdem werde angestrebt, die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent des Bruttoarbeitentgelts zu senken. Des Weiteren sei aber auch mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt von Nöten, um die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Zwar hätten der Ausbau der Zeitarbeit und die verbesserten Möglichkeiten, auf flexible Arbeitsformen zurückgreifen zu können, zu den jüngsten Erfolgen am Arbeitsmarkt beigetragen, das reiche aber noch nicht aus. Weitere Flexibilisierung, etwa beim Kündigungsschutz, sei erforderlich.

Aus der Erkenntnis heraus, dass Deutschland sein hohes Wohlstandsniveau nur halten kann, wenn es ein Innovationsstandort ersten Ranges

bleibt, soll dem Fachkräftemangel durch vermehrte Anstrengungen in der Bildungspolitik sowie durch die erleichterte Zuwanderung Hochqualifizierter entgegengewirkt werden. Außerdem hat die Regierung bis 2009 zusätzliche sechs Milliarden Euro für For-

rade auch auf nationaler Ebene vorbei. Als Impulsgeber hierfür sei der Lissabon-Prozess aber leider nicht so erfolgreich gewesen wie erwartet.

Auch beim europäischen Binnenmarkt sieht der EU-Vizepräsident noch ungenutztes Potenzial. Er hält es für er-



Die Geschäftsführung des ZEW mit Günter Verheugen (Mitte).

schung, Technologie und Innovation bereitgestellt. Ab 2008 wird zudem die Wagniskapitalfinanzierung stärker gefördert. Mit all diesen Maßnahmen wolle die Bundesregierung ein auch für die Zukunft wachstumsfreundliches Umfeld in Deutschland schaffen.

### EU-Vizepräsident Verheugen

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Günter Verheugen, eröffnete seinen Vortrag mit der Feststellung, dass Europa bisher einer der großen Profiteure der Globalisierung sei. So habe die dynamische Nachfrage aus anderen Gegenden der Welt maßgeblich zum starken Wachstum in Europa beigetragen. Mit dem Euro habe Europa außerdem eine stabile Währung, die international einen guten Ruf genieße. Darüber hinaus hätten sich die europäischen Industrien in den vergangenen Jahren erfolgreich einem tief greifenden Strukturwandel unterzogen, was zu einem deutlichen Anstieg der Produktivität geführt habe und sich mittlerweile auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlage.

Um Wachstum und Beschäftigung in Europa auch in Zukunft zu sichern, führt für Verheugen indessen kein Weg an weiteren strukturellen Reformen ge-

forderlich, in manchen Bereichen noch immer bestehende protektionistische Hindernisse zu beseitigen, um für den das Wachstum fördernden Wettbewerb zu sorgen. Ein besonders wichtiges Feld ist für Verheugen daher auch die Industriepolitik. Der Traum von der postindustriellen Gesellschaft, die allein durch Dienstleistungen und die Vermarktung ihrer Ideen prosperieren sollte, sei inzwischen in Brüssel ausgeträumt. Er halte eine starke industrielle Basis in Europa in Zukunft für unverzichtbar. Ein wichtiges Ziel der Europäer im Industriesektor müsse allerdings sein, die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung mit dem Kriterium der Nachhaltigkeit zu verbinden.

Europa sei, so Verheugen, an einem spannenden Punkt seiner Entwicklung angekommen. Es sei klar, dass es auf Bildung, moderne Infrastruktur und Innovation setzen müsse, um die Erfolgsgeschichte der Vergangenheit fortzuschreiben zu können. Vor diesem Hintergrund werde derzeit der nächste Lissabon-Zyklus vorbereitet. Klar sei aber auch, dass sich Europa in einer sich rasch verändernden Welt langfristig nur dann durchsetzen könne, wenn es ihm gelinge, wirtschaftliche Stärke mit politischer Stärke zu verbinden.

Gunter Grittmann, [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

## EXPERTENSEMINARE

- 17.9.2007 Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm – Erfolgreich von der Antragstellung bis zur Projektdurchführung
- 24.9.2007 Betriebswirtschaftliche Grundlagen – Kompetenz für den beruflichen Alltag
- 26.9.2007 Training for IFRS – Angaben zu Finanzinstrumenten nach IFRS 7: Anforderungen, Umsetzungsfragen und praktische Lösungen (in Zusammenarbeit mit Ernst&Young)
- 27.9.2007 Betriebswirtschaftliche Grundlagen – Kompetenz für den beruflichen Alltag
- 9.10.2007 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 10.10.2007 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 15./16.10.2007 Der sichere Auftritt – Grundlagen für die professionelle Gestaltung von Präsentationen
- 23.10.2007 Training for IFRS – Wertminderung von Vermögenswerten: Anwendungsbereich, Voraussetzungen und praktische Umsetzung
- 25.10.2007 Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm – Praxisworkshop Recht und Finanzen
- 6./7.11.2007 Modernes Bond-Portfoliomangement (in Zusammenarbeit mit der DVFA)
- 8./9.11.2007 Ökonometrie – Eine praxisorientierte Einführung

ZEW-Expertenseminare im Internet: [www.zew.de/Weiterbildung](http://www.zew.de/Weiterbildung)  
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## Seminarprogramm 2007/2008 erschienen

Das neue Seminarprogramm des ZEW ist erschienen. Das ZEW bietet von September 2007 bis Juni 2008 Expertenseminare zu folgenden Themen an:

- Methodenkompetenz,
- Ökonometrie,
- Finanzmarktanalyse und -management,
- Unternehmensführung und Organisation,
- Steuern, Rechnungswesen und Öffentliche Finanzwirtschaft,
- ZEW-Expertenseminare im Ausland.

### Das Seminarprogramm im Internet:

<ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>

### Die ZEW-Expertenseminare und Anmeldung im Internet:

[www.zew.de/Weiterbildung](http://www.zew.de/Weiterbildung)

### Ansprechpartner:

Katrin Stratmann, [stratmann@zew.de](mailto:stratmann@zew.de)  
Thomas Kohl, [kohl@zew.de](mailto:kohl@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-039, Margit Vanberg: Implications of Network Convergence on Local Access Regulation in the U.S. and the EU.

No. 07-040, Maresa Sprietsma: Computers as Pedagogical Tools in Brazil: A Pseudo-panel Analysis.

No. 07-041, Thomas Kruppe, Eva Müller, Laura Wichert, Ralf Wilke: On the Definition of Unemployment and its Implementation in Register Data – The Case of Germany.

No. 07-042, Martin Biewen, Bernd Fitzenberger, Aderonke Osikominu, Marie Waller: Which Program for Whom? Evidence on the Comparative Effectiveness of Public Sponsored Training Programs in Germany.

No. 07-043, Christoph Spengel, Carsten Wendt: Harmonisierung der Konzernbesteuerung innerhalb und an den Außengrenzen der Europäischen Union.

No. 07-044, Alexander Mihailov, Katrin Ullrich: Independence and Accountability of Monetary and Fiscal Policy Committees.

No. 07-045, Anja Schmiele, Wolfgang Sofka: Internationalizing R&D Competition: Dress for the Dance with the Devil.

No. 07-046, Georg Metzger: Personal Experience: A Most Vicious and Limited Circle!?

No. 07-047, Georg Metzger: On the Role of Entrepreneurial Experience for Start-up Financing – An Empirical Investigation for Germany.

No. 07-048, Grit Mühler, Michael Beckmann, Bernd Schauenberg: The Returns to Continuous Training in Germany: New Evidence from Propensity Score Matching Estimators.

No. 07-049, Melanie Arntz, Simon L.S. Lo, Ralf Wilke: Bounds Analysis of Com-

peting Risks: A Nonparametric Evaluation of the Effect of Unemployment Benefits on Immigration in Germany.

No. 07-050, Jenny Meyer: Older Workers and the Adoption of New Technologies.

No. 07-051, Tim Landvoigt, Grit Mühler, Friedhelm Pfeiffer: Duration and Intensity of Kindergarten Attendance and Secondary School Track Choice.

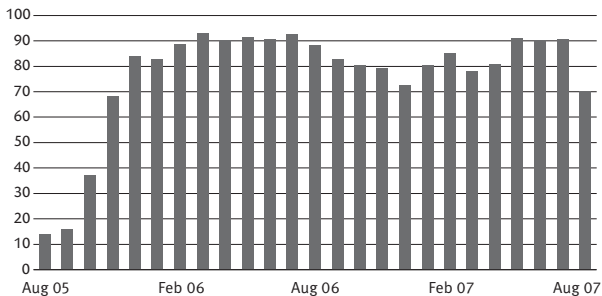
## ZEW ECONOMIC STUDIES

Stephan Lothar Thomsen: Evaluating the Employment Effects of Job Creation Schemes in Germany. *Vol. 36, Heidelberg, 2007, Physica-Verlag*

Anja Kuckulenz: Studies on Continuing Vocational Training in Germany – An Empirical Assessment. *Vol. 37, Heidelberg, 2007, Physica-Verlag*

**DATEN UND FAKTEN**

### ZEW-Finanzmarkttest im August 2007

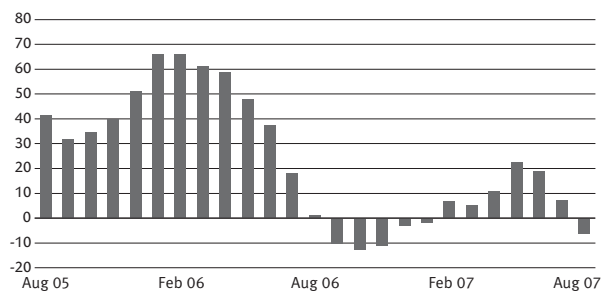


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### Weniger Einstimmigkeit für Zinserhöhungskurs

Die Finanzmarktexperten sind im August weniger von einer Zinserhöhung der EZB überzeugt als im Vormonat. Der entsprechende Saldo sinkt um 20,4 auf 70,3 Punkte. Die schlechten Neuigkeiten im Zusammenhang mit der Subprime-Krise verunsicherten die Märkte. Am Interbanken-Markt für Tagesgeld war zwischenzeitlich so wenig Liquidität vorhanden, dass eine zusätzliche Liquiditätszufuhr der EZB nötig war. Angesichts der unsicheren Situation tendiert ein Fünftel der Experten zu größerer Zurückhaltung bei weiteren Zinserhöhungen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



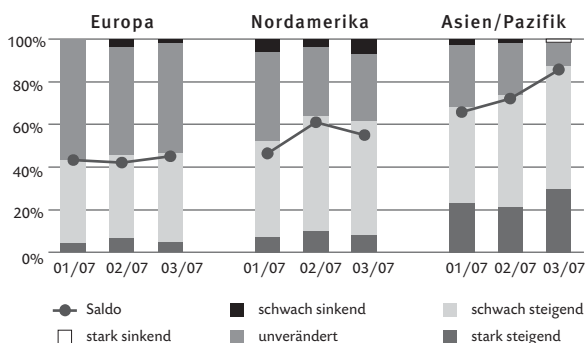
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### Euroraum: Subprime-Krise drückt Erwartungen

Die Subprime-Krise macht sich im August in den Konjunkturerwartungen der befragten Finanzmarktexperten bemerkbar. Der entsprechende Indikator sinkt im August um 13,3 Punkte auf -6,1 Punkte. Die Experten fürchten vor allem negative Auswirkungen der Krise auf die realwirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die über eine schwächere Exportnachfrage auch auf die Eurozone übergreifen könnten. Zudem hat sich die Einschätzung der Branche der Banken und Versicherungen verschlechtert.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

### TransportmarktBarometer: Interkontinentale Seefracht im Aufwind

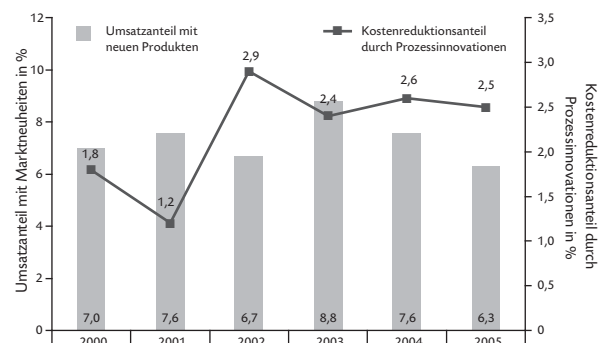


Quelle: ZEW

Wie in beiden Vorquartalen erwarten die Experten des TransportmarktBarometers von Prog-Trans/ZEW in der (inner)europäischen Seeschifffahrt mehrheitlich stabile Transportmengen. Nur etwa 45 Prozent der Experten rechnen im nächsten Halbjahr mit weiter steigenden Seefrachtmengen innerhalb Europas. Für Seefracht nach Nordamerika und in den Asien-/Pazifikraum sind die Einschätzungen optimistischer: Hier rechnen über 60 beziehungsweise 85 Prozent der Befragten mit steigenden Transportmengen – in Richtung Asien erwartet sogar ein Drittel der Befragten ein starkes Mengenwachstum von über 5 Prozent.

Victoria Alexeeva-Talebi, alexeeva-talebi@zew.de

### Innovationen im Großhandel: Weiter hohe Kostensenkungserfolge



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der deutsche Großhandel hat 2005 mit Hilfe von Prozessinnovationen 2,5 Prozent seiner Kosten gesenkt und setzte so die hohen Rationalisierungserfolge der Vorjahre fort. Auf Seite der Produktinnovationen ging der Innovationserfolg dagegen erneut zurück. Der Umsatzanteil, der auf in den letzten drei Jahren neu eingeführten Dienstleistungen beruht, fiel auf 6,3 Prozent (2003: knapp 9 Prozent). Die 2004 und 2005 fortgesetzt schwache Binnenkonjunktur bot offenbar wenig Anreize, neue Dienstleistungen einzuführen, während die hohe Auslandsnachfrage vor allem durch bereits etablierte Angebote befriedigt wurde.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Lokführer

Der Arbeitskampf zwischen der Deutschen Bahn AG und der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) wirft eine Reihe von Fragen auf. Es geht zum einen um den Konflikt zwischen den Prinzipien Tarifeinheit versus Tarifplura-

lismus und zum anderen um die durch Urteile des Bundesarbeitsgerichts unterstützte bedenkliche Tendenz zu einer höheren Streikbereitschaft. Gegenstand der Auseinandersetzungen ist neben dem Umfang der Tariflohnerhöhungen die Forderung der GDL nach einem eigenen Tarifvertrag. Die beiden konkurrierenden Gewerkschaften haben bereits mit der Deutschen Bahn einen gemeinsamen Tarifvertrag abgeschlossen, dem sich die GDL indes nicht anschließen will. Die Deutsche Bahn hingegen lehnt dies kategorisch ab, hat jedoch gegenüber der GDL Kompromissbereitschaft in der Entgeltfrage deutlich und konkret zum Ausdruck gebracht.

Zur Rede steht das Prinzip der Tarifeinheit, dass es also nur einen Tarifvertrag für ein und dasselbe Unternehmen gibt. Das Tarifvertragsgesetz sieht einen solchen Grundsatz nicht vor, wohl aber wurde er vom Bundesarbeitsgericht proklamiert, stellt mithin Richterrecht dar. Allerdings sind von juristischer Seite erhebliche Einwendungen gegen den Grundsatz einer Tarifeinheit erhoben worden, weil er das Grundrecht der Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz verletze. Das Grundgesetz garantiere keine Verhandlungsmonopole von Gewerkschaften, sondern gewährleiste die Gründung und Betätigung eigener gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse, sofern diese tariffähig sind. Dies sei bei einem Organisationsgrad von rund 75 v.H. bei der GDL gegeben.

Aus ökonomischer Sicht spricht jedoch vieles für das Prinzip eines Tarifvertrags für das gesamte Unternehmen. Das lehren die Erfahrungen anderer Länder, wo sich die Unternehmen nahezu permanent in Tarifverhandlungen mit irgendeiner Gewerkschaft befanden. Abgesehen davon, dass damit die erforderliche Verlässlichkeit einer Kostenkalkulation für künftige Aufträge weiter eingeschränkt wird, kann eine kleine Gewerkschaft, deren Angehörige Schlüsselpositionen im

Unternehmen innehaben, recht schnell unter der Androhung, den Betriebsablauf lahmzulegen, der Unternehmensleitung Sondervorteile abnötigen. Denn ein Wettbewerb zwischen konkurrierenden Gewerkschaften führt eben nicht, wie auf anderen Märkten, zu effizienteren Resultaten, sondern eher dazu, dass sich die Arbeitnehmervertretungen gegenseitig in Forderungen und gegebenenfalls Arbeitskampfmaßnahmen überbieten, um für Mitglieder attraktiv zu sein.

Um den ökonomischen Vorteil einer Tarifeinheit mit der grundgesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit gleichwohl in Einklang zu bringen, muss über weitere Konfliktlösungsmittel nachgedacht werden. Dazu könnte eine möglichst freiwillig von den Tarifvertragsparteien zu vereinbarende, unabdingbare Schlichtungsregelung gehören. Des Weiteren könnte die in den Vereinigten Staaten bestehende Möglichkeit einer Abkühlungsphase, die der dortige Präsident für maximal 80 Tage verordnen kann (Taft-Hartley-Gesetz), ins Blickfeld genommen werden.

Solchen Bestrebungen, die Hemmschwelle für Streiks als dem letzten Mittel im Arbeitskampf („Ultima-Ratio-Prinzip“) anzuheben, laufen allerdings jüngere Urteile des Bundesarbeitsgerichts diametral entgegen. Im Juni dieses Jahres erklärte es die Zulässigkeit von „Sympathiestreiks“, sofern sie verhältnismäßig seien. Bei einem Sympathiestreik streiken die Arbeitnehmer nicht für einen eigenen Tarifvertrag, sondern bringen ihre „Solidarität“ für einen anderen Arbeitskampf zum Ausdruck. Der bestreikte Arbeitgeber hat keine Möglichkeit, den Streik mit Hilfe von Zugeständnissen abzuwenden; er ist praktisch einer wirtschaftlichen Geiselnahme ausgeliefert. Bereits wenige Wochen vorher hatte das Bundesarbeitsgericht Arbeitskämpfe um Sozialplanmaßnahmen gegen betriebliche Umstrukturierungen selbst bei Gültigkeit eines Flächentarifvertrags für zulässig erklärt. Schon wird bei Juristen die bange Frage gestellt, ob nicht vielleicht auch noch politische Streiks demnächst rechtens werden.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [voss@zew.de](mailto:voss@zew.de)

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007